

kurz + aktuell

Industrieproduktion im Juli rückläufig

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Juli 2023 ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte sank der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,2 Prozent.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen verringerte sich die Güterausbringung. Die Vorleistungsgüterproduzenten und die Hersteller von Konsumgütern mussten jeweils Einbußen von 2,5 Prozent hinnehmen. Der Output der Investitionsgüterindustrie erhöhte sich gegenüber Juni um 1,9 Prozent.

Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen verzeichneten zwei einen Produktionsrückgang. Die Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die größte Industriebranche ist, drosselte ihre Produktion um 4,3 Prozent. Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und unter den umsatzstärksten Branchen an dritter Stelle steht, sank die Ausbringung leicht um 0,4 Prozent. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und gemessen an den Umsätzen der zweitgrößte Industriezweig ist, steigerte dagegen ihren Güterausstoß um 6,1 Prozent.

| Konjunktur in Rheinland-P | falz | | | | | | |
|-------------------------------------------------|-------------------------|------------|----------------|----------|-------------------------------|----------|--|
| Gütergruppe / Branche | Jul 2023 | | | | Jan bis Jul 2023 | | |
| | Veränderung des Indexwe | | | | ertes' zu an bis ul 2022 | | |
| | Juli 2023 Juli 2022 | | | | Jan Dis Jul 2022 | | |
| | Entwicklun | g der Pr | oduktion | | | | |
| Industrie | -1,2 % | 7 | -7,6 % | • | -8,0 % | Ψ | |
| Vorleistungsgüterproduzenten ² | -2,5 % | Ψ | -13,9 % | • | -13,8 % | • | |
| Investitionsgüterproduzenten | 1,9 % | 7 | 0,2 % | 7 | 3,0 % | ↑ | |
| Konsumgüterproduzenten | -2,5 % | Ψ | -2,5 % | • | -7,7 % | Ψ | |
| Herstellung von chemischen Erzeugnissen | -4,3 % | Ψ | -17,2 % | Ψ | -20,5 % | • | |
| Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen | 6,1 % | ↑ | -4,8 % | • | 1,0 % | 7 | |
| Maschinenbau | -0,4 % | 4 | 0,6 % | 7 | 1,9 % | 7 | |
| E | ntwicklung d | er Auftr | agseingänge | | | | |
| Industrie | 10,7 % | ↑ | -12,2 % | • | -27,2 % | Ψ | |
| Inland | 15,9 % | ↑ | -4,3 % | • | -29,1 % | Ψ | |
| Ausland | 7,2 % | ↑ | -17,1 % | • | -26,0 % | • | |
| Vorleistungsgüterproduzenten ² | 0,9 % | 7 | -19,5 % | • | -27,2 % | • | |
| Investitionsgüterproduzenten | 2,5 % | ^ | -6,3 % | • | -23,9 % | • | |
| Konsumgüterproduzenten | 153,8 % | ↑ | -7,7 % | Ψ | -36,3 % | Ψ | |
| Herstellung von chemischen Erzeugnissen | 3,3 % | ↑ | -23,1 % | • | -35,9 % | • | |
| Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen | 12,9 % | ↑ | -3,2 % | • | -35,6 % | • | |
| Maschinenbau | -3,5 % | Ψ | -12,9 % | • | -13,5 % | • | |
| 1 Vorläufige preis-, kalender- und saisc | nbereinigte W | 'erte. – 2 | Einschließlich | Energie. | | | |

Die Industrieproduktion lag im Juli 2023 um 7,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Output der Vorleistungsgüterhersteller ging deutlich zurück, was auf die verringerte Ausbringung der Chemieindustrie zurückzuführen ist. Auch die Konsumgüterproduzenten verbuchten gegenüber Juli 2022 ein Minus. Die Produktionsleistung der Investitions-

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





güterindustrie blieb nahezu unverändert (+0,2 Prozent). Während der Güterausstoß im Maschinenbau zulegte, lag der Output der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Anstieg der Auftragseingänge im Juli

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten nahm im Juli 2023 deutlich zu. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex elf Prozent über dem Niveau des Vormonats. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen mehr Bestellungen ein als im Juni (+16 bzw. +7,2 Prozent).

Der Anstieg der Nachfrage ist in erster Linie auf die Entwicklung in der Konsumgüterindustrie zurückzuführen. Die Auftragseingänge bei den Konsumgüterherstellern, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte, legten im Juli 154 Prozent zu. Allerdings lagen die preis-, kalender- und saisonbereinigten Bestellungen im Vergleichsmonat Juni auf einem sehr niedrigen Niveau. Bei den Investitionsgüterproduzenten und den Vorleistungsgüterproduzenten war das Wachstum wesentlich moderater (+2,5 bzw. +0,9 Prozent).

Zum Auftragswachstum bei den Investitionsgüterproduzenten trug vor allem die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie bei. Gegenüber

dem Vormonat verbuchte diese Branche im Juli 13 Prozent mehr neue Aufträge. Das Ordervolumen des Maschinenbaus, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt, ging hingegen um 3,5 Prozent zurück. Die gestiegene Nachfrage bei den Vorleistungsgüterproduzenten ist vor allem auf die Chemieindustrie zurückzuführen, die im Juli 3,3 Prozent mehr Bestellungen erhielt als im Juni.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Nachfrage nach Industrieprodukten im Juli 2023 merklich niedriger aus. Die bereinigten Auftragseingänge lagen zwölf Prozent unter dem Niveau von Juli 2022. Sowohl das Inlandsals auch das Auslandsgeschäft liefen schlechter als im Vorjahresmonat. Zu dem Rückgang der Bestellungen trugen alle drei industriellen Hauptgruppen bei. Die stärksten Einbußen musste die Vorleistungsgüterindustrie hinnehmen. Auch in den drei umsatzstärksten Industriebranchen lagen die bereinigten Auftragseingänge deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Industrieumsätze unter Vorjahresniveau

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe verzeichneten von Januar bis Juli 2023 weniger Umsätze als im Vergleichszeitraum 2022. Ursächlich für diese Entwicklung waren in erster Linie die Umsatzrückgänge in der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie. Die Umsätze in der Industrie lagen – trotz allgemein steigender Preise – in den ersten sieben Monaten des Jahres 8,1 Prozent unter denen

des Vorjahreszeitraums (Deutschland: +4,4 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg um 1,4 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

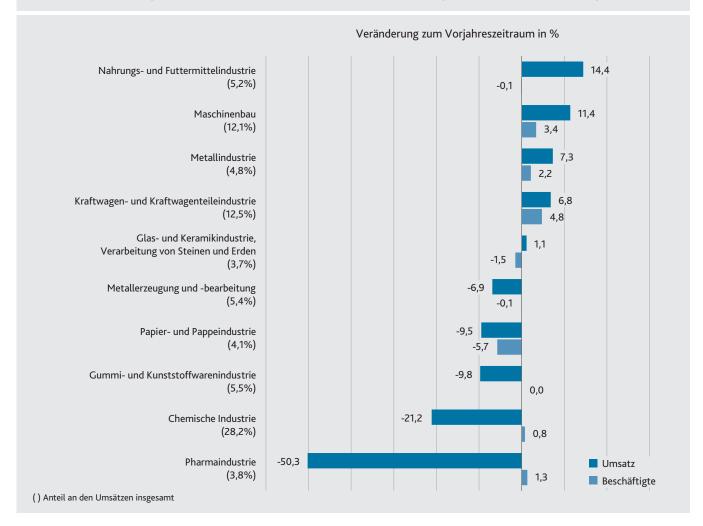
Insgesamt erwirtschafteten die Industriebetriebe in den ersten sieben Monaten 62,7 Milliarden Euro. Die Nachfrage aus dem Ausland belief sich auf 35,1 Milliarden Euro und lag damit 6,9 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum 2022. Die Inlandsumsätze reduzierten sich um 9,5 Prozent. Die Exportquote stieg um 0,7 Prozentpunkte auf 56,1 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland nahmen die Umsätze aus dem Ausland um 7,1 Prozent und die aus dem Inland um 1,7 Prozent zu. Die Exportquote lag bei 51,5 Prozent (+1,3 Prozentpunkte).

Fünf der zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten Umsatzeinbußen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die mit Abstand höchsten Verluste gab es mit -50 Prozent in der Pharmaindustrie. Die umsatzstarke Chemische Industrie unterschritt das Vorjahresniveau um 21 Prozent. Höhere Erlöse erwirtschafteten der Maschinenbau sowie die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+11 bzw. 6,8 Prozent). Die höchsten Umsatzzuwächse erzielten die Nahrungs- und Futtermittelhersteller (+14 Prozent).

Die Industriebetriebe beschäftigten in den ersten sieben Monaten 261000 Arbeitskräfte; das waren rund 3500 mehr als im Vergleichszeitraum 2022 (+1,4 Prozent). Acht der zehn umsatzstärksten Branchen meldeten höhere bzw. weitestgehend gleichbleibende Beschäftigtenzahlen.



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis Juli 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Die höchsten Zuwächse gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im Maschinenbau (+4,8 bzw. +3,4 Prozent). Die Papier- und Pappehersteller reduzierten dagegen die Belegschaft (–5,7 Prozent).

Die Industriebetriebe erzielten im Juli 2023 rund 8,5 Milliarden Euro; das waren 8,9 Prozent weniger als im Juli des Vorjahres. Die Erlöse aus dem Inland gingen um 8,8 Prozent, die aus dem Ausland um 9,1 Prozent zurück. Deutschlandweit reduzierten sich die Umsätze um 0,4 Prozent. Der Umsatz aus dem Inland sank um drei Prozent, während der aus dem Ausland um 2,1 Prozent stieg. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 1,1 Prozent auf 262 000 Personen zu (Deutschland: +1,4 Prozent).

Rückgang der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, Umsätze steigen

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes nahmen im Juli 2023 weniger neue Aufträge entgegen als im Vormonat. Das Ordervolumen war kalender- und saisonbereinigt zwölf Prozent niedriger als im Juni. Die baugewerblichen Umsätze stiegen hingegen um 2,5 Prozent.

Trotz des kräftigen Rückgangs gegenüber dem Vormonat lagen die Auftragseingänge in jeweiligen Preisen 2,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die baugewerblichen Umsätze waren 3,3 Prozent höher als im Juli 2022. Preisbereinigte Angaben zu Auftragseingängen und Umsätzen liegen nicht vor. Da die Preise für Bau-



| Indikator | Jul 2023 | | | | Jan bis Jul 2023 | | |
|--------------------------------|---------------------------------------------|----------|----------|----------|------------------|----------|--|
| | Veränderung des Indexwertes ¹ zu | | | | | | |
| | Jun 2023 | | Jul 2022 | | Jan bis Jul 2022 | | |
| uftragseingang | -12,1 % | ψ | 2,8 % | ↑ | 6,3 % | ↑ | |
| Hochbau insgesamt | -12,7 % | Ψ | -15,1 % | • | 1,1 % | 7 | |
| Wohnungsbau | 25,7 % | 1 | -11,1 % | Ψ | -29,1 % | Ψ | |
| Gewerblicher Hochbau | -20,9 % | Ψ | -29,8 % | Ψ | 19,1 % | ↑ | |
| Öffentlicher Hochbau | -29,7 % | Ψ | 23,8 % | ^ | 14,9 % | 1 | |
| Tiefbau insgesamt | -11,7 % | Ψ | 21,0 % | ↑ | 11,1 % | ↑ | |
| Gewerblicher Tiefbau | 7,9 % | 1 | 88,7 % | ^ | 59,9 % | 1 | |
| Straßenbau | -28,7 % | Ψ | -2,4 % | Ψ | -11,2 % | Ψ | |
| Sonstiger öffentlicher Tiefbau | -2,7 % | Ψ | 6,3 % | ↑ | 12,9 % | ↑ | |
| augewerblicher Umsatz | 2,5 % | ↑ | 3,3 % | ↑ | 5,2 % | ↑ | |
| Hochbau insgesamt | 1,8 % | 71 | -7,2 % | • | 0,9 % | 7 | |
| Wohnungsbau | 4,0 % | 1 | -11,8 % | Ψ | -4,1 % | Ψ | |
| Gewerblicher Hochbau | -0,9 % | 24 | -11,9 % | • | 4,9 % | ↑ | |
| Öffentlicher Hochbau | 4,1 % | 1 | 23,9 % | ↑ | 4,2 % | 1 | |
| Tiefbau insgesamt | 3,0 % | ^ | 13,4 % | ↑ | 9,3 % | ↑ | |
| Gewerblicher Tiefbau | -1,2 % | 2 | 26,5 % | ↑ | 22,4 % | ↑ | |
| Straßenbau | 4,3 % | ↑ | 11,4 % | ↑ | 7,0 % | ↑ | |
| Sonstiger öffentlicher Tiefbau | 5,8 % | ^ | 4,3 % | 1 | 0,8 % | 71 | |

leistungen binnen Jahresfrist deutlich anzogen, dürfte die Entwicklung von Auftragseingängen und Umsätzen real - d.h. um Preisveränderungen bereinigt – schwächer verlaufen sein.

Zum Rückgang des Ordervolumens gegenüber dem Vormonat trugen der Hoch- und der Tiefbau fast gleichermaßen bei. Im Hochbau gingen im Juli 13 Prozent weniger Aufträge ein als im Juni. Den stärksten Rückgang verzeichnete der öffentliche Hochbau, der Aufträge von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Organisationen ohne Erwerbszweck umfasst. In diesem Teilbereich, der allerdings im Vormonat von Großauf-

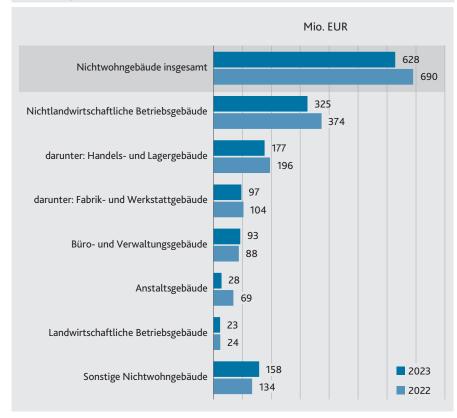
trägen profitieren konnte, schrumpfte das Ordervolumen im Juli um 30 Prozent. Auch im gewerblichen Hochbau verringerten sich die Bestellungen deutlich (-21 Prozent). Im Wohnungsbau stiegen die Auftragseingänge hingegen kräftig (+26 Prozent). Im Tiefbau sank das Ordervolumen im Juli um zwölf Prozent. Ein wesentlicher Grund waren Einbußen im Straßenbau. In diesem Segment schrumpfte die Nachfrage um 29 Prozent, allerdings ausgehend von einem außergewöhnlich hohen Niveau. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau gingen ebenfalls weniger Aufträge ein als im Juni (-2,7 Prozent). Der gewerbliche Tiefbau verbuchte einen Anstieg der Bestellungen um 7,9 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren im Hochbau deutliche Einbußen zu verzeichnen: das Ordervolumen war 15 Prozent niedriger als im Juli 2022. Im Tiefbau lagen die Auftragseingänge hingegen 21 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau stiegen im Juli die baugewerblichen Umsätze (+1,8 bzw. +3 Prozent). In zwei der drei Teilbereiche des Hochbaus gab es Zuwächse: Im öffentlichen Hochbau legten die Umsätze um 4,1 Prozent zu; der Wohnungsbau verbuchte ein Umsatzplus von vier Prozent gegenüber dem Vormonat. Der gewerbliche Hochbau musste einen leichten Umsatzrückgang hinnehmen (-0,9 Prozent). Innerhalb des Tiefbaus verzeichnete der sonstige öffentliche Tiefbau die größte Umsatzsteigerung (+5,8 Prozent). Im Straßenbau stiegen die Umsätze ebenfalls (+4,3 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau waren die baugewerblichen Umsätze hingegen geringer als im Juni (-1,2 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat waren die Umsätze im Hochbau rückläufig (–7,2 Prozent), was auf Einbußen im Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau zurückzuführen ist. Im Tiefbau nahmen die baugewerblichen Umsätze um 13 Prozent zu; alle drei Teilbereiche verbuchten Zuwächse.

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2022 und 2023 nach Gebäudearten



Weniger Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude im ersten Halbjahr

Die Zahl der Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude ist im ersten Halbjahr 2023 zurückgegangen. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Bau von 713 neuen Nichtwohngebäuden; das waren knapp sieben Prozent weniger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Damit sank die Zahl der Genehmigungen im Nichtwohnbau nach zwei Jahren des Zuwachses.

Die veranschlagten Baukosten je Bauvorhaben sanken gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,6 Prozent auf rund 880 000 Euro; die Summe

der Baukosten aller Bauvorhaben reduzierte sich auf rund 628 Millionen Euro (–9 Prozent). Der umbaute Raum lag 22 Prozent, die Nutzfläche 25 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 2022.

Gut zwei Drittel der genehmigten neuen Gebäude waren sogenannte nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hierunter fallen zum größten Teil Handels- und Lagergebäude, aber auch Fabrik- und Werkstattgebäude sowie Hotels und Gaststätten. Die Zahl der Genehmigungen für nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um fünf Prozent auf 485.

Rund 51 Prozent der Bauherren waren Unternehmen. Die Anzahl der Baugenehmigungen für diese sank um 15 Prozent auf 365. Die zweitstärkste Gruppe bildeten mit rund 37 Prozent die privaten Haushalte; entgegen der rückläufigen Entwicklung stieg hier die Zahl der Genehmigungen um 7,7 Prozent auf 267. Damit setzt sich der Trend der vergangenen Jahre hin zu privaten Investitionen in Nichtwohngebäude fort.

Bruttoinlandsprodukt sinkt im ersten Halbjahr um 5,4 Prozent

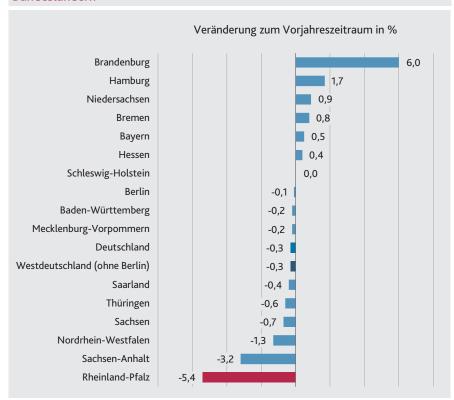
Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsleistung geht nach dem Rekordwachstum 2021 zurück. Das Bruttoinlandsprodukt sank im ersten Halbjahr 2023 gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres preisbereinigt um 5,4 Prozent. Das ist im Ländervergleich der letzte Platz.

Im Bundesdurchschnitt nahm die Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent ab (Westdeutschland ohne Berlin: ebenfalls –0,3 Prozent). Der im Vergleich zu Deutschland stark überdurchschnittliche Rückgang ist zu einem beträchtlichen Teil auf einzelne Branchen zurückzuführen, die 2021 von der Entwicklung und der Produktion eines Impfstoffes gegen das Coronavirus profitierten.

Die starken Preissteigerungen spiegeln sich in dem großen Abstand zwischen nominaler und realer Entwicklung wider: In jeweiligen Preisen wurde im ersten Halbjahr ein Plus von 1,5 Prozent verzeichnet (Deutschland: +6,6 Prozent; Westdeutschland ohne



Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2023 nach Bundesländern



Berlin: +6,4 Prozent). Die Angaben basieren auf einer ersten, vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder".

Die Industrie, die in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu Deutschland ein überdurchschnittliches Gewicht hat, leistete den größten Beitrag zur negativen Wirtschaftsentwicklung. Der Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe mit 50 und mehr Beschäftigten nahm gegenüber den ersten sechs Monaten 2022 in jeweiligen Preisen trotz steigender Preise um 7,9 Prozent ab (Deutschland: +5,2 Prozent). Die Inlandsumsätze sanken mit -9,6 Prozent stärker als die Auslandsumsätze mit -6,6 Prozent (Deutschland: +2,4 bzw. +8 Prozent).

Fünf der zehn umsatzstärksten Branchen erzielten geringere Erlöse als im ersten Halbjahr 2022. Einen massiven Umsatzeinbruch verzeichnete die Pharmazeutische Industrie mit einem Minus von 55 Prozent (Deutschland: -2,2 Prozent). Die umsatzstärkste Branche in Rheinland-Pfalz, die Chemische Industrie, büßte ein Fünftel der Erlöse ein (Deutschland: -15 Prozent). Positive Entwicklungen gab es hingegen insbesondere in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+16 Prozent; Deutschland: +13 Prozent) sowie im Maschinenbau (+12 Prozent; Deutschland: ebenfalls +12 Prozent).

Innerhalb des Baugewerbes hat sich vor allem die Umsatzentwicklung im Ausbaugewerbe im ersten Halbjahr günstig entwickelt. Die Erlöse nahmen in Rheinland-Pfalz gegenüber dem ersten Halbjahr 2022 in jeweiligen Preisen um 16 Prozent zu (Deutschland: ebenfalls +16 Prozent). Im Bauhauptgewerbe stiegen die Umsätze in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um 4,9 Prozent (Deutschland: +5,5 Prozent). Wachstumsimpulse kamen aus dem Tiefbau (+8,5 Prozent) und dort insbesondere aus dem "gewerblichen und industriellen Tiefbau, Bahn und Post". Im Hochbau legten die Umsätze in den ersten sechs Monaten dagegen nur um 1,7 Prozent zu. Dort stand einem Plus im gewerblichen und industriellen Hochbau ein Rückgang der Umsätze im Wohnungsbau gegenüber. Allerdings ist zu beachten, dass auch die Preise für Bauleistungen erheblich gestiegen sind. Das Baugewerbe trägt rund sechs Prozent zur rheinland-pfälzischen Wertschöpfung bei.

Auch der Dienstleistungssektor, der knapp zwei Drittel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, verzeichnete im ersten Halbjahr 2023 ein Minus. Dazu trug unter anderem der Großhandel bei, dessen Umsätze sich preisbereinigt um 16 Prozent verringerten (Deutschland: -3,7 Prozent). Im Einzelhandel nahmen die Umsätze um 5,3 Prozent (Deutschland: -4,3 Prozent) und im Gastgewerbe um 5,7 Prozent ab (Deutschland: +5,8 Prozent).



Mehr Insolvenzen im ersten Halbjahr

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz ist im ersten Halbjahr 2023 deutlich gestiegen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres stellten 330 Unternehmen einen Insolvenzantrag – rund zwölf Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (295).

Durch die beantragten Unternehmensinsolvenzen gerieten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 1839 Arbeitsplätze in Gefahr; das waren – trotz gestiegener Zahl der Unternehmensinsolvenzen – etwas weniger als im ersten Halbjahr 2022. Das Gesamtvolumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger lag mit 551 Millionen Euro um 76 Prozent über dem Vorjahreszeitraum. Damit hatte jedes Unternehmen zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags durchschnittlich knapp 1,7 Millionen Euro Schulden.

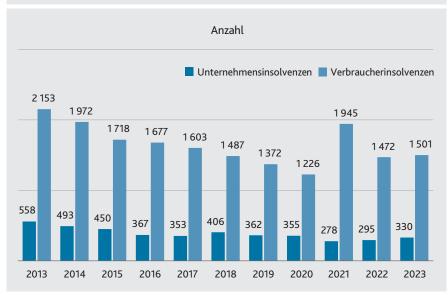
Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (82 Anträge); die Zahl ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 70 Prozent gestiegen. Es folgten die Wirtschaftsabschnitte "Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen" mit 45 sowie "Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen" mit 37 Fällen.

Die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Insolvenzen je 1000 wirtschaftlich aktive Unternehmen, lag in den kreisfreien Städten (2,9) höher als in den Landkreisen (2,1). Den höchsten Wert verzeichnete mit sechs die kreisfreie Stadt Zweibrücken, den niedrigsten die Stadt Landau sowie die Landkreise Alzey-Worms und der Rhein-Hunsrück-Kreis mit je einer Insolvenz je 1000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag mit 1501 um zwei Prozent über dem Niveau des ersten Halbjahres 2022. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger betrugen rund 75 Millionen Euro; das waren fast 17 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die meisten Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete in den ersten sechs Monaten die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 21; die wenigsten wiesen die Landkreise Mainz-Bingen und der Rhein-Pfalz-Kreis mit jeweils 1,5 auf. Der Niveauunterschied zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen ist bei den Verbraucherinsolvenzen stärker ausgeprägt als bei den Unternehmensinsolvenzen. In den kreisfreien Städten lag der Durchschnitt bei 5,1, in den Landkreisen bei 3,1 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Finwohnerinnen und Finwohnern

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Halbjahr 2013–2023



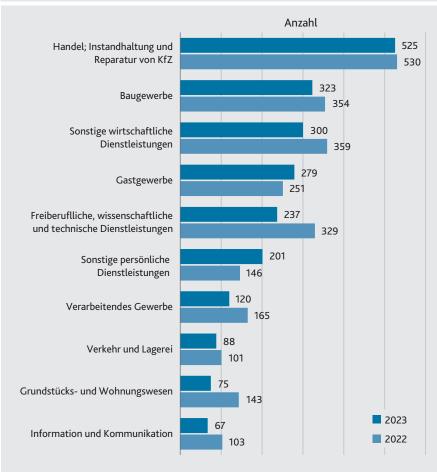
Mehr Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr, darunter deutlich weniger Betriebsgründungen

Im ersten Halbjahr 2023 wurden in Rheinland-Pfalz rund 18 810 Gewerbe angemeldet. Das waren 10,5 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Gewerbeabmeldungen auf rund 16 100, das waren 15,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der sogenannten Betriebsgründungen war in den ersten sechs Monaten 2023 stark rückläufig; ins-



Betriebsgründungen¹ im 1. Halbjahr 2022 und 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

gesamt zählten knapp 2500 Gewerbeanmeldungen zu den Betriebsgründungen (-14 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2022). Zu den Betriebsgründungen gehören alle Neugründungen von Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 21 Prozent der Wirtschaftsabschnitt "Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen". Den zweithöchsten Anteil stellte mit 13 Prozent der Wirtschaftsabschnitt "Baugewerbe",

gefolgt von den "Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" mit zwölf Prozent.

Die Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichten den höchsten Wert mit zehn in der kreisfreien Stadt Zweibrücken; es folgten Landau mit 9,9 und Ludwigshafen mit 9,2. Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten verzeichnete Neustadt mit 5,4. Unter den Landkreisen wies der Rhein-Lahn-Kreis mit 7,5 den höchsten Wert auf, der Kreis Altenkirchen mit 3,1 den niedrigsten.

Neben den Betriebsgründungen gab es im ersten Halbjahr 2023 insgesamt knapp 13 200 sogenannte sonstige Neugründungen. Das waren 19 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und die über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben.

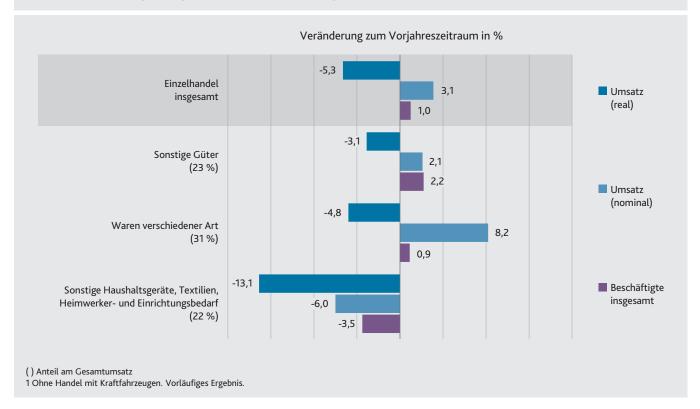
Neben den Neugründungen – Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen – gab es im ersten Quartal noch knapp 3200 weitere Gewerbeanmeldungen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

Die deutliche Zunahme bei den Gewerbeabmeldungen stammt vor allem aus dem Bereich der sonstigen Stilllegungen; betroffen waren also eher kleinere Betriebe. Während die Zahl der Betriebsaufgaben – das Pendant zu den Betriebsgründungen – um 4,9 Prozent auf rund 2000 zurückging, stieg die der sonstigen Stilllegungen im Vergleich zu Januar bis Juni 2022 um 24 Prozent auf gut 11000.

Einzelhandel im ersten Halbjahr mit deutlichen Umsatzverlusten

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel setzte im ersten Halbjahr 2023 weniger um als in den ersten sechs Monaten 2022. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die realen, also die um Preisveränderungen bereinigten, Umsätze rund 5,3 Prozent unter denen

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ von Januar bis Juni 2023



des Vorjahreszeitraums. Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen stiegen die Umsätze um 3,1 Prozent. Zum Vergleich: Deutschlandweit erzielten die Einzelhändler real 4,3 Prozent weniger Erlöse (nominal: +3,8 Prozent).

Im Lebensmitteleinzelhandel gingen die realen Umsätze im ersten Halbjahr 2023 um 5,7 Prozent zurück. Aufgrund der deutlichen Preissteigerungen lagen die nominalen Erlöse 7,4 Prozent höher als von Januar bis Juni 2022. Der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln erwirtschaftete dagegen sowohl real als auch nominal weniger Umsätze (real: –5 Prozent; nominal: –0,5 Prozent).

Die größten preisbereinigten Verluste gab es mit –13 Prozent im umsatz-

starken Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (nominal: -6 Prozent). Rückläufige reale Einnahmen verzeichnete auch der Handel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen mit dem Schwerpunkt im Lebensmittelhandel, zu dem beispielsweise Supermärkte und Discounter gehören (-4,8 Prozent; nominal: +8,2 Prozent). Die realen Erlöse im Handel mit sonstigen Gütern, zu dem z. B. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, gingen um 3,1 Prozent zurück (nominal: +2,1 Prozent) Dagegen verbuchte der Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik mehr Umsätze (real: +7,9 Prozent; nominal: +6,9 Prozent).

In den ersten sechs Monaten 2023 stieg die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel um ein Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022. Der Einzelhandel mit Lebensmitteln stockte das Personal um 0,8 Prozent, der mit Nicht-Lebensmitteln um ein Prozent auf. Bundesweit nahm die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel um 0,4 Prozent zu.

Gastgewerbe mit realen Umsatzverlusten im ersten Halbjahr

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes erzielten im ersten Halbjahr 2023 weniger reale Umsätze als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die realen, also die um Preisveränderungen bereinigten, Umsätze um



5,7 Prozent niedriger als in den ersten sechs Monaten 2022. Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen stiegen die Erlöse aufgrund der deutlichen Preissteigerungen um 2,9 Prozent.

Zum Vergleich: Deutschlandweit nahmen die Umsätze im Gastgewerbe im ersten Halbjahr preisbereinigt um 5,8 Prozent, in jeweiligen Preisen um 16 Prozent zu.

Die Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, verbuchte im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum sowohl real als auch nominal weniger Erlöse (real: -12 und nominal: -2,7 Prozent). In der speisengeprägten Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, gingen die realen Umsätze

um 16 Prozent zurück. Dagegen verzeichneten die Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen fünf Prozent mehr Erlöse. Das Beherbergungsgewerbe erzielte gegenüber dem ersten Halbjahr 2022 rund 9,3 Prozent mehr reale Umsätze (nominal: +18 Prozent).

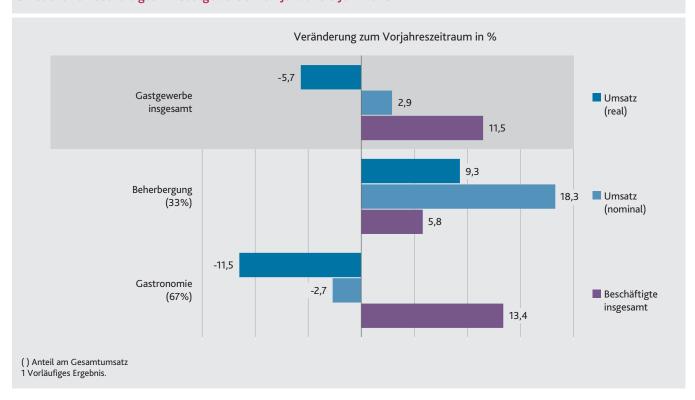
Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe erhöhte sich im ersten Halbjahr 2023 gegenüber den ersten sechs Monaten 2022 um zwölf Prozent. In der Gastronomie stieg der Personalbestand um 13 Prozent, in der Beherbergung um 5,8 Prozent.

Bis Juli mehr Gäste und Übernachtungen

In den ersten sieben Monaten verbuchten die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe mehr Gäste und Übernachtungen als im Vergleichszeitraum 2022. Von Januar bis Juli besuchten insgesamt 4,8 Millionen Gäste Rheinland-Pfalz (+12 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen stieg um 9,3 Prozent auf 12,4 Millionen. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vor-Corona-Jahr 2019 lag die Zahl der Gäste noch um 4,4 Prozent, die der Übernachtungen um 2,3 Prozent niedriger.

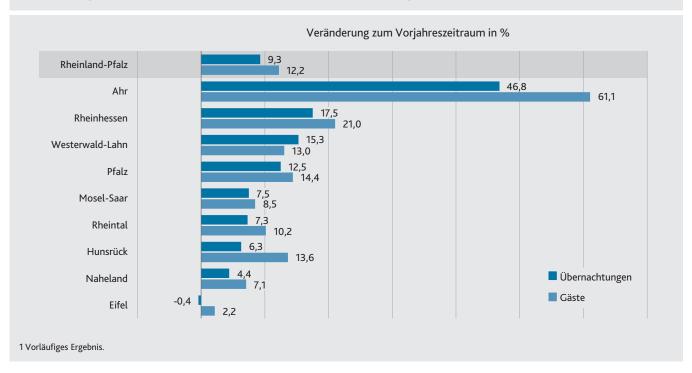
Die Region Mosel-Saar ist - gemessen am Übernachtungsaufkommen das beliebteste Urlaubsziel im Land. Von Januar bis Juli stiegen hier die Gäste- und Übernachtungszahlen um 8,5 bzw. 7,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Pfalz registrierte 14 Prozent mehr Gäste

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ von Januar bis Juni 2023









und 13 Prozent mehr Übernachtungen. Deutliche Zuwächse gab es auch in Rheinhessen: Die Zahl der Gäste nahm um 21 Prozent und die der Übernachtungen um 18 Prozent zu. Vorübergehende Betriebsschließungen in den ersten Monaten des Jahres führten in der Eifel zu rückläufigen Übernachtungszahlen (–0,4 Prozent). Die Gästezahlen lagen um 2,2 Prozent über dem Vorjahreswert.

Die Übernachtungskapazitäten im Ahrtal sind auch zwei Jahre nach der Flutkatastrophe noch nicht auf den ursprünglichen Bestand angestiegen. Von dem niedrigen Vorjahresniveau aus stieg die Zahl der Gäste um 61 Prozent und die der Übernachtungen um 47 Prozent. Im Vergleich zum Vergleichszeitraum des Vor-Corona-Jahres 2019 lagen die Gäste- und Über-

nachtungszahlen noch um 51 bzw. 55 Prozent niedriger.

In neun der zehn Betriebsarten stieg die Zahl der Übernachtungen. Knapp 21 Prozent mehr Übernachtungen gab es in den Hotel garnis. Ähnlich hoch, allerdings ausgehend von einem niedrigeren Niveau, lagen die Zunahmen bei den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen sowie den Jugendherbergen und Hütten (jeweils +20 Prozent). Die Hotels als beliebteste Unterkunftsart verbuchten 9.7 Prozent mehr Übernachtungen. Die Rückgänge bei den Ferienzentren (-15 Prozent) sind unter anderem auf vorübergehende Reduzierungen des Angebots in den ersten Monaten des Jahres zurückzuführen.

Rund 3,9 Millionen Gäste kamen aus dem Inland (+11 Prozent); sie buch-

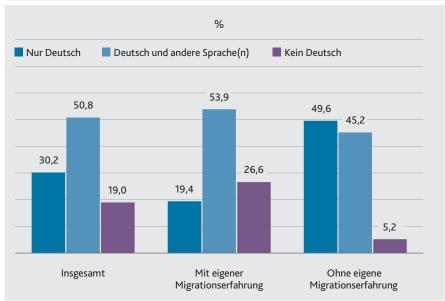
ten rund 9,7 Millionen Übernachtungen (+7,9 Prozent). Die Ankünfte aus dem Ausland stiegen um 18 Prozent auf 919 000. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland erhöhte sich um 15 Prozent auf 2.6 Millionen.

30 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund sprechen zu Hause ausschließlich Deutsch

Im Jahr 2022 sprachen 30 Prozent der rund 1,2 Millionen Rheinland-Pfälzer mit Migrationshintergrund zu Hause ausschließlich Deutsch. Nach Ergebnissen des Mikrozensus waren mehr als die Hälfte dieses Personenkreises deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die in Deutschland geboren wurden (54 Prozent).







Gut jede bzw. jeder Zweite mit Migrationshintergrund gab an, neben Deutsch mindestens noch eine andere Sprache im häuslichen Umfeld zu nutzen (51 Prozent). Mehr als ein Drittel dieser Personen unterhielt sich in erster Linie auf Deutsch (35 Prozent). Am zweithäufigsten wurde Russisch zur Kommunikation mit Haushaltsangehörigen genutzt (zwölf Prozent), gefolgt von Türkisch (9,4 Prozent) und Arabisch (7,1 Prozent).

Beinahe ein Fünftel der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz sprach zu Hause kein Deutsch (19 Prozent). Bei diesen Personen handelte es sich größtenteils um Ausländerinnen und Ausländer, die selbst zugewandert sind (81 Prozent). Die Menschen, die zu Hause kein Deutsch sprachen, verständigten sich am häufigsten auf Arabisch (zwölf Prozent), Rumänisch (neun Prozent), Polnisch

(8,9 Prozent) oder Russisch (8,1 Prozent).

Verfügbares Einkommen steigt 2021 in nahezu allen Verwaltungsbezirken

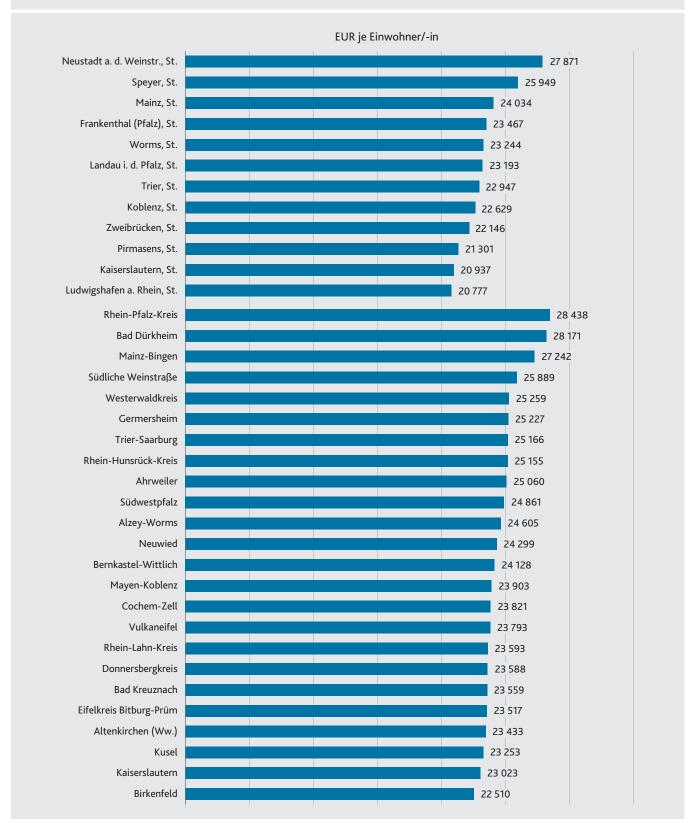
Im Jahr 2021 nahm das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz in fast allen kreisfreien Städten und Landkreisen zu. Es lag mit rund 100 Milliarden Euro um 1,9 Milliarden Euro oder 1,9 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Damit standen jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner im Landesdurchschnitt 24367 Euro zur Verfügung; das waren 423 Euro oder 1,8 Prozent mehr als 2020.

In den Landkreisen war das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin bzw. Einwohner mit durchschnittlich 24865 Euro höher als in den kreisfreien Städten mit 22956 Euro. Im Vergleich der Landkreise erreichten die Einwohnerinnen und Einwohner im Rhein-Pfalz-Kreis mit 28 438 Euro das höchste Pro-Kopf-Einkommen; in Birkenfeld waren es nur 22510 Euro. Bei den kreisfreien Städten reichte die Spannweite von 20777 Euro in Ludwigshafen bis 27 871 Euro in Neustadt an der Weinstraße. Zu beachten ist, dass die regionale Einkommensverteilung in Rheinland-Pfalz stark durch Berufspendlerinnen und -pendler beeinflusst ist. Aus den Landkreisen pendeln viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Arbeit in die kreisfreien Städte. Die von ihnen erbrachte Wirtschaftsleistung wird an ihrem Arbeitsort in den Städten nachgewiesen, das dabei entstehende Einkommen wird dagegen an ihrem Wohnort in den Landkreisen erfasst.

Zwischen 2000 und 2021 stieg das Pro-Kopf-Einkommen in den Landkreisen im Mittel stärker als in den kreisfreien Städten (+59 bzw. +47 Prozent). Das ist sowohl auf die unterschiedliche Entwicklung des verfügbaren Einkommens als auch der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner zurückzuführen. Das verfügbare Einkommen nahm in den Landkreisen um 59 Prozent und in den kreisfreien Städten um 57 Prozent zu. Die kreisfreien Städte verzeichneten zwischen 2000 und 2021 einen Bevölkerungszuwachs von knapp sieben Prozent - insbesondere aufgrund der deutlichen Zunahme der Einwohnerzahlen in den Universitätsstädten Mainz, Landau und Trier. In den Landkreisen stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im gleichen Zeitraum dagegen nur um 0,2 Prozent.



Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2021 nach Verwaltungsbezirken





Den stärksten Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens gegenüber dem Jahr 2000 verzeichnete unter den kreisfreien Städten Speyer mit +63 Prozent, dicht gefolgt von der Stadt Trier mit +61 Prozent. Mit deutlichem Abstand folgte die Stadt Worms mit +54 Prozent. Dagegen nahm das Einkommen je Einwohnerin und Einwohner in Koblenz und Pirmasens jeweils nur um 39 Prozent zu. Im Vergleich der Landkreise erzielte der Kreis Trier-Saarburg mit +75 Prozent den höchsten Zuwachs beim Pro-Kopf-Einkommen, gefolgt vom Eifelkreis Bitburg-Prüm und dem Rhein-Hunsrück-Kreis mit jeweils +70 Prozent. Bitburg-Prüm, Trier und Trier-Saarburg liegen im Einzugsbereich von Luxemburg. Da in den vergangenen 20 Jahren immer mehr Menschen aus den grenznahen Gebieten dorthin zur Arbeit auspendeln, profitiert die Region von der starken wirtschaftlichen Dynamik des Großherzogtums. Im Landkreis Mainz-Bingen sowie im Rhein-Lahn-Kreis stieg das Pro-Kopf-Einkommen dagegen nur um 45 bzw. 48 Prozent.

Bei dem durchschnittlich zur Verfügung stehenden Pro-Kopf-Einkommen nimmt Rheinland-Pfalz unter den Ländern hinter Bayern, Hamburg, Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein Rang sechs ein. Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen liegt 48 Euro unter dem Bundesdurchschnitt von 24 415 Euro.

Der Durchschnittswert des Pro-Kopf-Einkommens in einem Land oder in einer Region ist eine Kennzahl der

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die als Indikator für den monetären Wohlstand der Bevölkerung des Landes oder der Region verwendet wird. Sie gibt keine Auskunft darüber, wie gleichmäßig oder ungleichmäßig das Einkommen auf die Einwohnerinnen und Einwohner in einer Region verteilt ist.

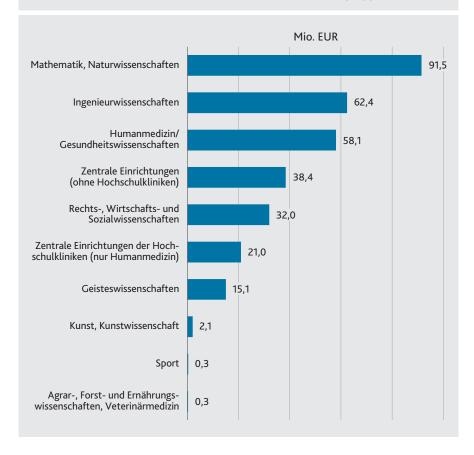
Hochschulen werben insgesamt 321 Millionen Euro an Drittmitteln ein

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz nahmen im Jahr 2021 insgesamt 321 Millionen Euro an Drittmitteln ein. Das waren knapp 34 Millionen Euro mehr als im Vorjahr (+12 Prozent).

Drittmittel sind Einnahmen, die zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt eingeworben werden. Der Bereich der Mathematik und der Naturwissenschaften nahm mit 91,5 Millionen Euro die meisten Gelder ein. Die Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften lag mit 62,4 Millionen Euro auf Platz zwei, gefolgt von der Fächergruppe "Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften" mit 58,1 Millionen Euro.

Die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz warb mit 99,2 Millionen Euro die meisten Drittmittel unter den wissenschaftlichen Hochschulen ein; das

Drittmitteleinnahmen der Hochschulen 2021 nach Fächergruppen





waren 22 Prozent mehr als im Vorjahr. Die zweithöchsten Einnahmen verbuchte die Universitätsmedizin Mainz mit 78,2 Millionen Euro (+19 Prozent), die dritthöchsten die Technische Universität Kaiserslautern mit 66,5 Millionen Euro (+0,4 Prozent). Zusammen kamen alle wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz auf rund 283 Millionen Euro (+13 Prozent).

Innerhalb der Hochschulen für angewandte Wissenschaften erzielten die Hochschule Trier (10,9 Millionen Euro; –6,6 Prozent), die Hochschule Kaiserslautern (8,5 Millionen Euro; +0,3 Prozent) sowie die Hochschule Koblenz (6,8 Millionen Euro; +3,2 Prozent) die meisten Drittmittel. In Summe nahmen alle rheinland-pfälzischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften rund 37,9 Millionen Euro ein (+1,1 Prozent).

Die höchsten Drittmitteleinnahmen je Professorin bzw. Professor wurden für die Universitätsmedizin Mainz ermittelt. Die Einnahmen stiegen dort um 18 Prozent auf 597 000 Euro. Innerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen folgte die Technische Universität Kaiserslautern. Hier entfielen rechnerisch 309 200 Euro auf jede Professorin bzw. jeden Professor. Im Durchschnitt kamen die rheinland-pfälzischen wissenschaftlichen Hochschulen (inkl. Unimedizin Mainz) auf 230 800 Euro je Professorin bzw. Professor (+12 Prozent).

Bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften belegte die Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung mit rund 128 600 Euro je Professorin bzw. Professor den ersten Platz (+190 Prozent), gefolgt von der Hochschule Trier mit 62 900 Euro (-6,1 Prozent). Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften kamen in Rheinland-Pfalz zusammen auf einen Durchschnitt von 40 300 Euro je Professorin bzw. Professor (+1,5 Prozent).

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern werben die Professorinnen und Professoren an den rheinlandpfälzischen Hochschulen seit Jahren unterdurchschnittlich Drittmittel ein. Auch 2021 belegte Rheinland-Pfalz mit rund 148 000 Euro je Professorin bzw. Professor den letzten Platz. Zum Vergleich: Im Durchschnitt aller Bundesländer wurden 189 000 Euro je Professur erzielt; das sind rund 28 Prozent mehr als in Rheinland-Pfalz.

Zahl der Verurteilungen nimmt 2022 leicht ab

Im Jahr 2022 wurden in Rheinland-Pfalz annähernd 29 900 Personen rechtskräftig verurteilt. Das waren 843 Verurteilungen bzw. 2,7 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der verurteilten Personen ist damit schon seit mehreren Jahren in Folge rückläufig. Gegenüber dem letzten Höchststand im Jahr 2005 mit mehr als 43 500 Verurteilungen ging sie um mehr als 31 Prozent zurück.

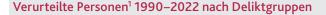
Wie schon in den Vorjahren waren mehr als 80 Prozent der Verurteilten Männer. Rund 31 Prozent der Verurteilten hatten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Insgesamt 16 200 Verurteilungen bzw. rund 54 Prozent waren sogenannte "klassische Delikte" aufgrund eines Verbrechens oder Vergehens gegen Vorschriften des Strafgesetzbuches; dieser Anteil war in den vergangenen Jahren leicht rückläufig.

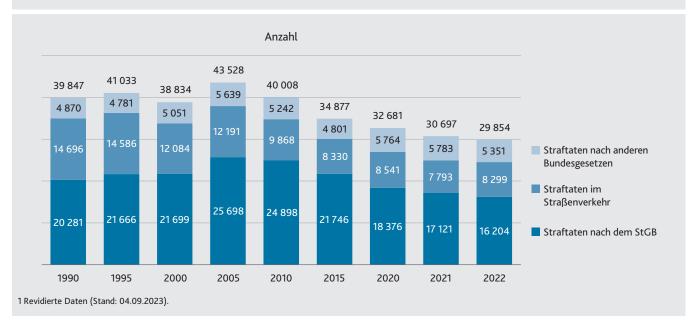
Mit 8 300 Verurteilungen bzw. einem Anteil von 28 Prozent bildeten die Straftaten im Straßenverkehr wie Trunkenheit im Verkehr, Fahren ohne Fahrerlaubnis oder das unerlaubte Entfernen vom Unfallort. Dieser Anteil lag rund zwei Prozentpunkte höher als in den vergangenen beiden Jahren.

Weiterhin kam es 2022 zu knapp 5 400 Verurteilungen im Rahmen von Verstößen, die auf den Strafvorschriften eines anderen Bundes- oder Landesgesetzes beruhen; das waren z. B. Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (knapp 3 900 Verurteilungen) sowie Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz (954 Verurteilungen). Auch der Anteil der dieser Deliktgruppe zuzurechnenden Verurteilten ist in den vergangenen Jahren annähernd stabil geblieben.

Die Verurteiltenziffer, in der die Zahl der Betroffenen auf 100 000 der Bevölkerung gleichen Alters bezogen wird, sank angesichts rückläufiger Verurteiltenzahlen gegenüber dem Vorjahr um knapp drei Prozent auf 835. Bezogen auf einzelne Personengruppen kommen rechtskräftige Verurteilungen traditionell am häufigsten in der Gruppe der Heranwachsenden im Alter von 18 bis 20 Jahren vor. Hier verminderte sich die Kennzahl im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent







auf 1647. Dessen ungeachtet liegt sie immer noch deutlich über den Werten für Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren (667) bzw. für Erwachsene ab 21 Jahren (813).

31 Millionen Kubikmeter Klärgasgewinnung im Jahr 2022

Im Jahr 2022 gewannen 91 rheinlandpfälzische Kläranlagen knapp 31 Millionen Kubikmeter Klärgas. Damit nahm das Klärgasvolumen gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent ab.

Mit über 82 Prozent bzw. 26 Millionen Kubikmetern des gewonnenen Gases setzten die Kläranlagen den größten Anteil direkt in den eigenen Stromerzeugungsanlagen ein; das waren 1,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Rund sieben Prozent des Klärgases diente dem Einsatz zu reinen Heiz- und Antriebszwecken wie beispielsweise Heizkessel zur Faul-

turmerwärmung und Gebläse zur Drucklufterzeugung. Damit nahm das Volumen um zwei Prozent bzw. rund 36 000 Kubikmeter auf 2,2 Millionen Kubikmeter ab. Auf Fackel- und sonstige Verluste entfielen 2,6 Millionen Kubikmeter bzw. 8,4 Prozent des gewonnenen Klärgases (+6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Im Jahr 2022 gaben die Kläranlagen 2,3 Prozent des gewonnenen Klärgases ab (–18 Prozent).

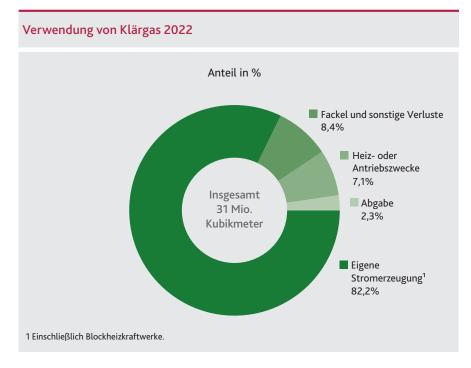
Aus dem eingesetzten Klärgas wurden insgesamt rund 71 Millionen Kilowattstunden Wärme erzeugt (–2 Prozent gegenüber 2021). Diese kam vollständig in den eigenen Kläranlagen zum Einsatz.

Zusätzlich konnten aus dem Klärgas rund 50 Millionen Kilowattstunden Strom gewonnen werden; das waren 2,3 Prozent weniger als 2021. Den Großteil (97 Prozent) des so erzeugten Stroms, knapp 48 Millionen Kilowattstunden, verbrauchten die Kläranlagen selbst. Folglich speisten sie in das Stromnetz zur allgemeinen Versorgung gut 1,8 Millionen Kilowattstunden Strom ein. Im Vergleich zu 2021 reduzierte sich dieser Anteil um rund 460 000 Kilowattstunden (–26 Prozent).

Weniger Getötete und Schwerverletze im Straßenverkehr

In den ersten sieben Monaten 2023 starben weniger Menschen bei Straßenverkehrsunfällen in RheinlandPfalz als im Vergleichszeitraum des
Vorjahres. Von Januar bis Juli verloren
73 Personen bei Verkehrsunfällen ihr
Leben – das waren 14 weniger als im
Vorjahreszeitraum.

Die Polizei registrierte in den ersten sieben Monaten 80 590 Verkehrsunfälle, davon 7 849 mit Personenscha-



den und 72741 mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle insgesamt lag um 4319 bzw. 5,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Bei den Unfällen mit Personenschaden lag die Anzahl geringfügig unter den Vorjahreswerten. Die Zahl der Schwerverletzten ging im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Vorjahres um elf Prozent auf 1493 zurück, die

der Leichtverletzten stieg um vier Prozent auf 8 564.

Die Unfallzahlen von Januar bis Juli 2023 liegen etwa vier Prozent über dem Mittelwert der zurückliegenden zehn Jahre. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den Vergleichszeiträumen der Coronajahre deutlich weniger Verkehrsunfälle gezählt wurden

als in den Jahren zuvor. In den ersten sieben Monaten 2023 bewegten sich die Unfallzahlen knapp unter dem Niveau des Vergleichszeitraums der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019. Die Zahl der Verunglückten, d.h., der Menschen, die bei Unfällen getötet oder verletzt wurden, liegt mit 10 130 um rund zwei Prozent unter dem zehnjährigen Mittelwert.

Im Juli dieses Jahres verloren elf Menschen ihr Leben, das waren drei weniger als im Juli des Vorjahres; 261 Unfallbeteiligte wurden schwer und 1558 leicht verletzt. Insgesamt ereigneten sich 12224 Unfälle (2,5 Prozent gegenüber Juli 2022).





Aus der amtlichen Statistik

Statistischer Landesausschuss: Neues Veröffentlichungskonzept, Geheimhaltung und zentrales Datenerhebungsportal

Das Statistische Landesamt plant, sein Veröffentlichungsprogramm neu aufzustellen. Die Ergebnisse der Erhebungen sollen in Zukunft über das Auswertungs- und Analysetool MATS (Modernes Analyse Tool Statistik) für jedermann verfügbar sein. Präsident Marcel Hürter stellte das Projekt am Mittwoch dem Statistischen Landesausschuss auf dessen 57. Tagung in Bad Ems vor. Gemeinsam mit den Statistischen Ämtern Berlin-Brandenburg und Nord (Hamburg und Schleswig-Holstein) wird aktuell ein Business-Intelligence-System an die Bedürfnisse der amtlichen Statistik angepasst. "Die gängigen BI-Tools decken viele der Anforderungen der amtlichen Statistik schon gut ab," erläuterte Hürter. Es seien aber einige statistikspezifische Anpassungen erforderlich. "Wir wollen mit MATS sowohl unsere bisherige Datenbank LIS ablösen als auch die Standardveröffentlichungen von PDF-Dateien in ein interaktives System aus Dashboards und Tabellen überführen." Ein solches Projekt könne das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz nicht allein stemmen. Durch die Kooperation mit den beiden Partnerämtern ergäben sich neben der Aufteilung der Kosten vielfältige Synergieeffekte. So wird die Erstellung der Datenmodelle und Veröffentlichungen arbeitsteilig erfolgen. "Rheinland-Pfalz übernimmt beispielsweise die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Berlin Brandenburg die Bevölkerung und Nord den Tourismus", so Hürter. Auf diese Weise werden vom kommenden Jahr an sukzessive die Statistiken in das neue System überführt. Neben den Veröffentlichungen für alle Nutzenden sollen mit MATS individuelle Anwendungen beispielsweise für Ministerien entwickelt werden.

In den Bevölkerungsstatistiken greift vom kommenden Jahr an eine neue Geheimhaltungsmethode. Die amtliche Statistik ist gesetzlich dazu verpflichtet, nur Ergebnisse zu veröffentlichen, mit denen keine persönlichen oder sachlichen Verhältnisse einem Betroffenen zugeordnet werden können. Mit der so genannten Cell-Key-Methode steht ein zeitgemäßes Verfahren zur Verfügung, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Die Daten werden über ein komplexes Verfahren geringfügig verändert. "Das ist mit einem hohen Implementierungsaufwand verbunden und könnte bei den Nutzerinnen und Nutzern auf Akzeptanzprobleme stoßen", erklärte Marcel Hürter. So entspreche durch die Datenveränderung die Summe der Teilergebnisse nicht mehr der Gesamtsumme. Hürter plädierte dafür, die statistische Geheimhaltung mit Bedacht anzuwenden und auf den Kern der wirklich schützenswerten Informationen zu reduzieren. "Die Methodenkompetenz liegt beim Statistischen Bundesamt. Unser vor Jahren gestarteter Vorstoß für eine Geheimhaltung mit Augenmaß war bisher leider nicht erfolgreich", erklärte Hürter und warb bei den Mitgliedern des Statistischen Landesausschusses um Unterstützung.

Der Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird Ende 2023 ein neues zentrales Erhebungsportal produktiv setzen und im kommenden Jahr alle Meldewege auf dieses Portal umziehen. "Damit erhöhen wir die Anwendungsfreundlichkeit und kommen den Verpflichtungen des Onlinezugangsgesetzes nach", erläuterte Hürter.

Ein Methodenvortrag über Mikrosimulation von Landesausschuss-Mitglied Prof. Dr. Ralf Münnich von der Universität Trier sowie eine Präsentation zur Entwicklung des Mindestlohns als Beispiel für das Analysepotenzial der neuen Verdiensterhebung rundeten die Tagung ab.

Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Rechnungshofes, des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeberund Unternehmerverbände, der Gewerkschaften sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr.

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich: Kleine Klassen im Primarbereich, wenige Studienabsolvierende in MINT-Fächern



Mit durchschnittlich weniger als 19 Kindern pro Klasse gab es in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer 2021 die kleinsten Grundschulklassen. Das ist eines der Ergebnisse der Veröffentlichung "Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich". Der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder her-

ausgegebene Kennzahlenband ergänzt die OECD-Veröffentlichung "Education at a Glance" auf internationaler Ebene um Kennzahlen auf Ebene der Bundesländer.

Obgleich Rheinland-Pfalz mit vergleichsweise kleinen Klassen gute Lehr- und Lernbedingungen in der Primarstufe ermöglicht, lag die durchschnittliche Klassengröße in der Sekundarstufe I mit 24 Schülerinnen und Schülern pro Klasse über dem Bundesdurchschnitt und höher als in den meisten anderen Bundesländern. Nur das Saarland, Hamburg und Nordrhein-Westfalen wiesen eine durchschnittlich höhere Schülerzahl je Klasse in der Sekundarstufe I auf.

Nur etwa 17 Prozent der rheinland-pfälzischen Hochschulabsolventinnen legten in 2021 die Abschlussprüfung in einem Fach aus dem MINT-Bereich ab, zu dem unter anderem die Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften zählen. Deutschlandweit waren es rund 19 Prozent. Der Anteil männlicher Studienabsolventen in einem MINT-Fach fiel mit rund 47 Prozent im Vergleich zum Frauenanteil zwar höher aus, lag jedoch fünf Prozentpunkte unter dem Bundeswert (Deutschland: 52 Prozent).

Diese und weitere nationale Vergleichszahlen aus dem Bildungswesen bietet die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Gemeinschaftspublikation "Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich":

www.statistikportal.de/de/ veroeffentlichungen/internationalebildungsindikatoren-im-laendervergleich-ausgabe-2023



Aktualisiertes Dashboard zeigt Kennzahlen zur nachhaltigen Entwicklung in den Bundesländern

Die Europäische Nachhaltigkeitswoche soll die Bürgerinnen und Bürger auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die 17 internationalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals bzw. SDGs) der Vereinten Nationen aufmerksam machen. Die SDGs beziehen sich auf Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, verantwortungsvollen Konsum oder Naturschutz.

In dem aktualisierten Dashboard des Arbeitskreises "Nachhaltige Entwicklung" der Statistischen Ämter der Länder wird zu jedem SDG eine Auswahl an Indikatoren grafisch dargestellt.

Ein Indikator für die Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5) ist z.B. die Väterbeteiligung beim Elterngeld. Für 39 Prozent der 2020 geborenen Kinder gab es in Rheinland-Pfalz mindestens einen männlichen Leistungsbezieher. In den Bundesländern lag dieser Wert zwischen 34 Prozent im Saarland und 55 Prozent in Sachsen.

Kennzahlen zum Verkehr sind von Bedeutung für das Ziel "Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen" (SDG 12). Hierzu gehört die Pkw-Dichte. Sie lag am 1. Januar 2023 in Rheinland-Pfalz bei 629 Pkw je 1000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner. In den Bundesländern variierte sie zwischen 331 Pkw (Berlin) und 655 Pkw je 1000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner (Saarland).

Eine weitere Zielvorgabe der Agenda 2030 ist es, die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten voranzutreiben (SDG 15.2). Der Anteil der Waldfläche an der Gesamtfläche der Bundesländer zeigt, wie bedeutend der Wald auch in Deutschland ist. Dabei ist Rheinland-Pfalz mit 41 Prozent das waldreichste Bundesland. Als Stadtstaat weist Bremen mit einem Prozent den geringsten Waldanteil aus.

Weitere Indikatoren zu den 17 SDGs stehen im gemeinsamen Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bereit:

www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit

